

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

29. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 26. April 1976	Nummer 30
---------------------	--	------------------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
2160	24. 3. 1976	Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe – Verwaltungsverein des Deutschen Buch-Spar-Rings der Jugend e. V.	626
2370	24. 3. 1976	RdErl. d. Innenministers Bestimmungen über die Gewährung von Darlehen zur Förderung von Garagen.	626
2370	26. 3. 1976	RdErl. d. Innenministers Gewährung von Aufwendungsdarlehen im Rahmen des Regionalprogramms des Bundes	626
26	23. 3. 1976	RdErl. d. Innenministers Richtlinien (zu § 49 AuslG) über die Einreise und den Aufenthalt der Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen im Geltungsbereich des Ausländergesetzes sowie der Mitglieder internationaler Organisationen und Institutionen, die ständig im Geltungsbereich des Ausländergesetzes tätig sind	627
302	26. 3. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Überleitung der Kassenaufgaben der Gerichte für Arbeitssachen des Landes Nordrhein-Westfalen von der Arbeitsverwaltung (Arbeitsämter) auf die Oberjustizkasse und die Gerichtskasse in Düsseldorf.	628
6302	29. 3. 1976	RdErl. d. Finanzministers Auszahlungsanordnungen über Zuwendungen	628
8300	18. 3. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Bundesversorgungsgesetz (BVG); Berücksichtigung von Übergangsgebührnissen nach § 11 des Soldatenversorgungsgesetzes (SVG) bei der Kürzung des Übergangsgeldes nach § 16f BVG	630

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Innenminister	
26. 3. 1976	Bek. – Öffentliche Sammlungen	630
	Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
25. 3. 1976	Bek. – Liste der nach § 13 Abs. 1 der Unfallverhütungsvorschrift „Lärm“ (VBG 121) ermächtigten Ärzte.	630
	Justizminister	
19. 3. 1976	Bek. – Ungültigkeitserklärung eines Dienststempels des Oberlandesgerichts Hamm	635
	Stellenausschreibung für das Finanzgericht Düsseldorf	638
	Stellenausschreibung für das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen	638
	Personalveränderungen	
	Ministerpräsident	635
	Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	635

I.

2160

**Öffentliche Anerkennung
als Träger der freien Jugendhilfe**
– Verwaltungsverein des Deutschen
Buch-Spar-Rings der Jugend e. V. –

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 24. 3. 1976 – IV B 2 – 6112/LVR

Der Landschaftsverband Rheinland hat nach § 9 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der Fassung vom 6. August 1970 (BGBl. I S. 1197), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3150), i. V. m. § 21 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt – AG JWG – in der Fassung vom 1. Juli 1965 (GV. NW. S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1504), – SGV. NW. 216 –, als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt:

Verwaltungsverein des Deutschen
Buch-Spar-Rings der Jugend e. V., Sitz Köln
(am 2. 3. 1976)

– MBl. NW. 1976 S. 626.

2370

**Bestimmungen
über die Gewährung von Darlehen
zur Förderung von Garagen**

RdErl. d. Innenministers v. 24. 3. 1976 –
VI A 2 – 4.64 – 280/76

Der RdErl. v. 20. 2. 1973 (SMBL. NW. 2370) wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 werden die Worte „vom Nordrhein-Westfalen-Programm 1975“ gestrichen.
2. In Nummer 2 wird der Halbsatz „zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1971 (BGBl. I S. 1993)“ durch den Halbsatz „zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3656)“ ersetzt.
- 2 a) In Nummer 3.1 ist die Zahl „100“ durch die Zahl „50“ zu ersetzen.
- 2 b) In Nummer 3.53 ist hinter „45,- DM“ folgender Halbsatz einzufügen „– bei abgetrennten Stellplätzen nicht höher als 50,- DM –“
3. In Nummer 5 wird die Verweisung auf „Nummern 41 bis 44 WFB 1967“ in eine solche auf „Nummern 39 a bis 39 d WFB 1976“ geändert.
4. In den Nummern 6.1, 6.5, 6.6 und 7 wird jeweils die Zahl „1967“ durch die Zahl „1976“ ersetzt.
5. Die Nummer 6.2 erhält folgende neue Fassung:
„6.2 Bilden die Garagen eine besondere Wirtschaftseinheit, ist der Antrag unter Verwendung des anliegenden Musters nebst den darin aufgeführten Unterlagen bei der nach § 2 Abs. 1 Satz 1 WoBauFördNG bzw. bei der gemäß Rechtsverordnung nach § 2 Abs. 1 Satz 2 WoBauFördNG für die Bewilligung der öffentlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau örtlich zuständigen Bewilligungsbehörde zu stellen.“
6. In Nummer 8 wird die Verweisung auf „Nummer 77 Abs. 2 letzter Satz WFB 1967“ in eine solche auf „Nummer 77 Abs. 5 WFB 1976“ geändert.
7. In Nummer 9 wird die Überschrift „Ausnahmegenehmigungen“ durch „Zustimmung zu Abweichungen“ ersetzt. Die Verweisung auf „Nummer 83 Satz 2 WFB 1967“ wird in eine solche auf „Nummer 83 Sätze 2 und 3 WFB 1976“ geändert.

8. Die Nummer 10 erhält folgende neue Fassung:
10 Inkrafttreten
Diese Bestimmungen treten mit Wirkung vom 1. April 1976 in Kraft.
9. In der Anlage 1 Nummern 1.13 und 5 sowie in der Anlage 2 Nummer 2 wird jeweils in der Klammer „MBl. NW. S. 527“ gestrichen.
10. In der Anlage 2 Nummer 4 wird die Zahl „1967“ durch die Zahl „1976“ ersetzt und in Nummer 5 Satz 4 hinter der Klammer folgender Halbsatz eingefügt:
„, zuletzt geändert durch Art. 74 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch (EGStGB) vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 409),“

– MBl. NW. 1976 S. 626.

2370

**Gewährung von Aufwendungsdarlehen
im Rahmen des Regionalprogramms des Bundes**

RdErl. d. Innenministers v. 26. 3. 1976 –
VI A 3 – 4.043 – 394/76

Der RdErl. v. 12. 8. 1971 (SMBL. NW. 2370) wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 1.1 wird im vierten Absatz „WFB 1967“ in „WFB 1976“ geändert.
2. Nr. 1.2 erhält folgende neue Fassung:
Übersteigen die Wohnungsfürsorgemittel den Betrag von 15000,- Deutsche Mark, dann darf die Laufzeit den Zeitraum von 15 Jahren nicht überschreiten. Die Länge der Laufzeit spielt keine Rolle, wenn die Höhe der Wohnungsfürsorgemittel den Betrag von 15000,- Deutsche Mark nicht übersteigt.
3. Die Verweisung zu Nummer 2 der „Richtlinien“ ändert sich wie folgt:
Zu Nummer 2 der „Richtlinien“
 - 2.1 Zur Konkretisierung der in Nummer 2 der „Richtlinien“ enthaltenen Bundesweisungen sind die Mittel vorrangig zur Realisierung der Standortprogramme und größerer geschlossener städtebaulich bedeutsamer Vorhaben, für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz vom 27. Juli 1971 (BGBl. I S. 1125), sowie für flankierende Wohnungsbaumaßnahmen im Zusammenhang mit wirtschaftsfördernden Maßnahmen des Bundes und des Landes einzusetzen.
 - 2.2 Bauvorhaben müssen zumindest im Bereich eines Siedlungsschwerpunktes gemäß § 6 des Gesetzes zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm vom 19. 3. 1974 – GV. NW. S. 96/SGV. NW. 230 –) liegen.
4. In Nr. 3.2 wird „WFB 1967“ in „WFB 1976“ geändert.
5. In Nr. 4 wird in Buchst. a) „WFB 1967“ in „WFB 1976“ geändert. In Buchst. b) werden die Wörter „Kaufeigenheim (Kaufeigentumswohnungen)“ in „Vorratseigenheime (Vorratseigentumswohnungen)“ geändert.
6. In Nr. 7.1 wird „WFB 1967“ in „WFB 1976“ geändert.
7. In Nr. 7.2 wird der erste Halbsatz wie folgt geändert:
„Die Bewilligungsbehörde im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau bzw. Wohnungsfürsorgebehörde prüft,“
8. Nr. 8 erhält folgende neue Fassung:
Zu Nummer 15 der „Richtlinien“
Diese Richtlinien sind auf alle Bauvorhaben anzuwenden, für welche die Anträge nach dem 1. 3. 1976 bei den Bewilligungsbehörden im sozialen Wohnungsbau eingereicht werden.

– MBl. NW. 1976 S. 626.

Richtlinien
(zu § 49 AuslG) über die Einreise und den
Aufenthalt der Mitglieder diplomatischer
Missionen und konsularischer Vertretungen
im Geltungsbereich des Ausländergesetzes
sowie der Mitglieder internationaler
Organisationen und Institutionen,
die ständig im Geltungsbereich des
Ausländergesetzes tätig sind

RdErl. d. Innenministers v. 23. 3. 1976 –
 I C 3/43.18

I

Das Auswärtige Amt hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern die aufgrund der Nr. 4 zu § 49 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes vom 7. Juli 1967 (GMBI. S. 231) erlassenen Richtlinien über die Einreise und den Aufenthalt der Mitglieder diplomatischer Missionen, konsularischer Vertretungen und Handelsvertretungen im Bundesgebiet sowie der Mitglieder internationaler Organisationen und Institutionen, die ständig im Bundesgebiet tätig sind, wie folgt neu gefaßt:

1. Gemäß § 49 Abs. 1 AuslG findet das Ausländergesetz insbesondere auf folgende Ausländer keine Anwendung:
 - a) den Missionschef und die Mitglieder des diplomatischen Personals der im Geltungsbereich des Ausländergesetzes errichteten diplomatischen Missionen sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienmitglieder;
 - b) die Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals der diplomatischen Missionen und die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienmitglieder, soweit sie nicht ständig im Geltungsbereich des Ausländergesetzes ansässig sind;
 - c) die im Geltungsbereich des Ausländergesetzes tätigen Konsulen (die hauptberuflichen Konsularbeamten einschließlich des Leiters der konsularischen Vertretung);
 - d) die Mitglieder des nicht ständig im Geltungsbereich des Ausländergesetzes ansässigen dienstlichen Hauspersonals der diplomatischen Missionen.
 - e) Ausländer, für die in zwischenstaatlichen Vereinbarungen die Anwendung des Ausländergesetzes ausgeschlossen ist, insbesondere die Mitglieder internationaler Organisationen und Institutionen, die ständig im Geltungsbereich des Ausländergesetzes tätig sind, im Rahmen der Gesetze und Rechtsverordnungen über die ihnen gewährten Vorrechte und Befreiungen.

Die in Ziffer 1. genannten Ausländer bedürfen zur Einreise und zum Aufenthalt keiner Aufenthaltserlaubnis. Sie bedürfen jedoch eines Sichtvermerks, sofern die Gegenseitigkeit nicht gewährleistet ist. Die Feststellung, ob Gegenseitigkeit gewährleistet wird, entfällt für die in Buchst. e) genannten internationalen Organisationen und Institutionen.

Besteht keine Gegenseitigkeit, so erhalten diese Ausländer für die erste Einreise einen Sichtvermerk von der zuständigen deutschen Auslandsvertretung und für den weiteren Aufenthalt einen Sichtvermerk vom Auswärtigen Amt, der während seiner Gültigkeitsdauer zur mehrfachen Wiedereinreise in den Geltungsbereich des Ausländergesetzes berechtigt. Versäumen Ausländer vor ihrer vorübergehenden Ausreise die Einholung des Sichtvermerks beim Auswärtigen Amt, können sie ihn für eine einmalige Wiedereinreise auch vom Ausland her bei einer deutschen diplomatischen oder berufskonsularischen Auslandsvertretung beantragen und erhalten.

2. Nach § 49 Abs. 2 AuslG bedürfen
 - a) die Mitglieder des Geschäftspersonals (Bedienstete des Verwaltungs- oder technischen Personals und Mitglieder des dienstlichen Hauspersonals) der konsularischen Vertretungen im Geltungsbereich des Ausländergesetzes;
 - b) die Familienmitglieder der Konsulen;
 - c) die Familienmitglieder des Geschäftspersonals der konsularischen Vertretungen, die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt leben;

d) die Mitglieder des Verwaltungs- und technischen Personals der diplomatischen Missionen und die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienmitglieder, soweit sie ständig im Geltungsbereich des Ausländergesetzes ansässig sind;

e) die privaten Angestellten von Diplomaten und Mitgliedern des Geschäftspersonals der diplomatischen Missionen, von Konsulen und Mitgliedern des Geschäftspersonals der konsularischen Vertretungen, sofern sie mit ihnen im gemeinsamen Haushalt leben oder in den Diensträumen wohnen,

keiner Aufenthaltserlaubnis, wenn Gegenseitigkeit besteht und die Vertretung diese Personen der zuständigen Ausländerbehörde benennt.

Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, bedürfen sie einer Aufenthaltserlaubnis; die Vorschriften des AuslG und der DV AuslG über die Einreise und den Aufenthalt finden Anwendung.

3. Einer Aufenthaltserlaubnis bedürfen ferner – soweit sie nicht durch besondere Vorschriften davon befreit sind – diejenigen Angehörigen internationaler Organisationen und Institutionen mit ständiger Tätigkeit im Geltungsbereich des Ausländergesetzes, die nicht unter § 49 Abs. 1 AuslG fallen; es gelten die Vorschriften des AuslG und der DV AuslG über die Einreise und den Aufenthalt.

Keiner Aufenthaltserlaubnis bedürfen Honorarkonsulen (Honorarkonsularbeamte), die im Geltungsbereich des Ausländergesetzes keinen freien Beruf oder eine gewerbliche Tätigkeit ausüben, welche auf persönlichen Gewinn gerichtet ist.

4. Zur internen Verwendung für die mit der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen/Sichtvermerken befaßten Stellen werden die Mitglieder der diplomatischen Missionen, konsularischen Vertretungen und internationalen Organisationen und Institutionen mit ständiger Tätigkeit im Geltungsbereich des Ausländergesetzes in folgende Gruppen eingeteilt:

Gruppe I

Sichtvermerk oder Aufenthaltserlaubnis ist nicht erforderlich.

Gruppe II

Sichtvermerk ist erforderlich; er wird vom Auswärtigen Amt erteilt.

Gruppe III

Aufenthaltserlaubnis ist erforderlich, der Antrag ist der zuständigen Ausländerbehörde einzureichen, die Aufenthaltserlaubnis wird der Vertretung durch die Ausländerbehörde zugestellt.

Soweit Angehörige der Gruppe III gemäß § 5 DV AuslG einer Aufenthaltserlaubnis in der Form des Sichtvermerks bedürfen, ist dieser vor der ersten Einreise – oder im Falle des Ablaufs einer bereits erteilten Aufenthaltserlaubnis während vorübergehender Abwesenheit vor der Wiedereinreise – bei der zuständigen deutschen Auslandsvertretung zu beantragen.

Das Auswärtige Amt bestimmt, welcher Gruppe die Ausländer zugeteilt werden.

II

Zu den Richtlinien des Auswärtigen Amtes gebe ich folgende Erläuterungen:

1. Familienangehörige und Bedienstete (Mitglieder des Privatpersonals) von Konsulen (hauptberuflichen Konsularbeamten), von Mitgliedern des Verwaltungs- und technischen Personals sowie des dienstlichen Hauspersonals einer konsularischen Vertretung, die mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft leben oder in den Diensträumen der konsularischen Vertretung wohnen, bedürfen auch bei Vorliegen der in Abschnitt I Nr. 2 genannten Voraussetzungen (Gegenseitigkeit und Benennung durch die Vertretung) einer Aufenthaltserlaubnis, wenn sie eine private Erwerbstätigkeit ausüben.

2. Der Begriff des Familienangehörigen im Sinne des Abschnitts I Nr. 1 und 2 richtet sich nach Abschnitt II E meines RdErl. v. 29. 10. 1975 (SMBI. NW. 2106).

III

Mein RdErl. v. 29. 3. 1969 (SMBI. NW. 26) wird aufgehoben.

302

**Überleitung der Kassenaufgaben
der Gerichte für Arbeitssachen
des Landes Nordrhein-Westfalen
von der Arbeitsverwaltung (Arbeitsämter)
auf die Oberjustizkasse und die
Gerichtskasse in Düsseldorf**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 26. 3. 1976 – I B 2 – Arb 7150

Im Einvernehmen mit dem Justizminister wird der Gem. RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers u. d. Justizministers v. 10. 3. 1954 (SMBI. NW. 302) wie folgt geändert:

Nummer 7 Buchst. a) erhält folgende Fassung:

„a) für den Ansatz der Gerichtskosten:
die Kostenverfügung (KostVfg) (AV d. Justizministers v. 1. März 1976 – 5607 – I B. 3 – JMBI. NW. S. 61)“

– MBl. NW. 1976 S. 628.

6302

**Auszahlungsanordnungen
über Zuwendungen**

RdErl. d. Finanzministers v. 29. 3. 1976 –
ID 3 – 0079 – 12.1

Anlage

1. Die Landesdienststellen, die der Landeshauptkasse oder den Regierungshauptkassen Auszahlungsanordnungen über Zuwendungen erteilen, haben die Zuwendungsbeträge ab sofort nur noch unter Verwendung von Vordrukken, die dem beiliegenden Muster Nr. 104b RO entsprechen, zur Auszahlung anzurufen.
2. Die unter Verwendung des neuen Vordrucks angeordneten Zuwendungsteilbeträge werden in den Kassen nicht als Abschlagsauszahlungen nachgewiesen. Soweit dies bisher geschehen ist, sind die bei den Kassen noch offenstehenden Abschlagsauszahlungen abzurechnen.
3. Für die ordnungsgemäße Abwicklung eines Zuwendungsfalles ist die anordnende Stelle verantwortlich. Zur Wahrung der Übersichtlichkeit und aus Gründen einer geordneten Vorprüfung und Rechnungsprüfung ist in der Zahlungsanordnung anzugeben,
 - a) ob es sich bei dem angeordneten Betrag um den Gesamtbetrag, einen Teilbetrag oder den Restbetrag einer Zuwendung handelt,
 - b) wann und in welcher Höhe die Auszahlung aller vorhergehenden Teilbeträge einer Zuwendung angeordnet worden ist,

- c) ob der verbleibende Restbetrag später oder nicht mehr ausgezahlt wird und
 - d) wo der Zuwendungsbescheid und der Verwendungsnachweis aufzufinden sind.
4. Der Vordruck ist in seinem oberen Teil so gestaltet, daß mit der Erstellung der Auszahlungsanordnung im Durchschreibeverfahren zugleich ein anhängender Überweisungsträger beschriftet wird. Ich bitte die anordnenden Stellen, sich von den Zuwendungsempfängern auch die zu den Kontoverbindungen gehörenden Bankleitzahlen der Kreditinstitute angeben zu lassen und die Bankleitzahlen in das hierfür vorgesehene Vordruckfeld einzutragen.
 5. Wenn die Zuwendungsbeträge in Ausnahmefällen bar ausgezahlt werden sollen, ist ein dem Muster entsprechender Vordruck ohne den anhängenden Überweisungsträger zu verwenden.
 6. Im Interesse einer einheitlichen Handhabung in der Landesverwaltung wäre es zu begrüßen, wenn auch die Landesdienststellen, die Zuwendungen über andere als die genannten Kassen auszahlen, ihre Auszahlungsanordnungen nach Absprache mit den für sie zuständigen Kassen unter Verwendung des Vordrucks Nr. 104b RO – gegebenenfalls auch ohne anhängenden Überweisungsträger – erteilten, soweit die jeweiligen Verfahren der Anordnung und der kassenmäßigen Erledigung von Auszahlungsanordnungen dies zulassen.
 7. Die mit „ONRB“, „MLNR“ und „Buchungstag“ bezeichneten Vordruckfelder sind auf das bei den Regierungshauptkassen übliche ADV-unterstützte Buchführungsverfahren abgestellt. In diesem Buchführungsverfahren sind alle Verbuchungsstellen verschlüsselt. Die anordnenden Stellen haben in den an die Regierungshauptkassen zu richtenden Auszahlungsanordnungen über Zuwendungen die von der zuständigen Regierungshauptkasse zu erfragenden Schlüsselnummern in das Feld „ONRB“ einzutragen.
 8. Es bestehen keine Bedenken, wenn die Gestaltung der mit „ONRB“, „MLNR“ und „Buchungstag“ bezeichneten Vordruckfelder geringfügig verändert wird. Bei Auszahlungsanordnungen, die an andere Kassen als die Regierungshauptkassen zu richten sind, können diese Felder entfallen. Es bestehen ferner keine Bedenken, wenn die nur in der Kasse auszufüllenden Felder im unteren rechten Teil des Vordrucks den Belangen der Kassen entsprechend anders gestaltet werden.
 9. Die Vordrucke mit anhängenden Überweisungsträgern sind unter Einschaltung der Kassen zu beschaffen, damit die auf die einzelne Kasse und auf das von ihr beauftragte Kreditinstitut abgestellten unveränderlichen Angaben den Belangen der Kasse und des Kreditinstitutes entsprechend eingedruckt werden können.
 10. Im Einvernehmen mit dem Landesrechnungshof.

8300

Bundesversorgungsgesetz (BVG)

Berücksichtigung von Übergangsgebührnissen nach § 11 des Soldatenversorgungsgesetzes (SVG) bei der Kürzung des Übergangsgeldes nach § 16f BVG

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 18. 3. 1976 – II B 2 – 4083 (16/76)

Ehemalige Soldaten auf Zeit erhalten nach § 11 SVG für einen von der Dauer der Dienstzeit abhängigen Zeitraum monatliche Übergangsgebührnisse in Höhe von 75 v.H. der zuletzt bezogenen Dienstbezüge, wenn ihr Dienstverhältnis wegen Ablaufs der Zeit oder wegen Dienstunfähigkeit endet. Zu der Frage, ob die Übergangsgebührnisse nach § 11 SVG zu einer Kürzung des Übergangsgeldes nach §§ 16f und 26a Abs. 2 BVG führen, nehme ich in Übereinstimmung mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wie folgt Stellung:

Als Arbeitseinkommen im Sinne des § 16f Abs. 1 und 2 BVG ist nur das Entgelt anzusehen, das der Rehabilitand während der Rehabilitationsmaßnahmen für Arbeits- und Dienstleistungen erhält. Bei den Übergangsgebührnissen handelt es sich jedoch nicht um Arbeitsentgelt, sondern um Versorgungsbezüge für eine Dienstleistung, die vor Beginn der Rehabilitationsmaßnahme erbracht wurde und die nur für einen vorübergehenden Zeitraum gewährt werden. Sie sollen die schnellere Eingliederung des länger dienenden Soldaten in das Zivilleben sicherstellen. Deshalb führen die Übergangsgebührnisse nicht zu einer Kürzung des Übergangsgeldes nach § 16f Abs. 1 und 2 BVG. Die Übergangsgebührnisse gehören auch nicht zu den Geldleistungen im Sinne des § 16f Abs. 3 Nr. 1 BVG, da sie nicht im Zusammenhang mit der Heil- und Krankenbehandlung oder einer Badekur gewährt werden. Eine Kürzung des Übergangsgeldes nach § 16f Abs. 3 Nr. 2 und 3 BVG kommt gleichfalls nicht in Betracht. Als Rente im Sinne dieser Vorschriften sind nur solche Renten anzusehen, die als Dauerleistungen zur Sicherstellung des Lebensunterhalts gewährt werden. Die nur für einen vorübergehenden Zeitraum gewährten Übergangsgebührnisse erfüllen diese Voraussetzungen nicht. Eine entsprechende Anwendung der Vorschrift des § 16f Abs. 3 Nr. 2 BVG auf Übergangsgebührnisse nach dem Soldatenversorgungsgesetz ist nicht möglich, weil die genannten Leistungen ihrem Sinn und Zweck nach nicht vergleichbar sind. Auch entfällt eine Kürzung des Übergangsgeldes in entsprechender Anwendung des § 16f Abs. 3 Nr. 3 BVG, weil die Übergangsgebührnisse nicht aus demselben Anlaß wie die Maßnahmen zur Rehabilitation gewährt werden. Schließlich kommt eine Kürzung des Übergangsgeldes bei Arbeitsunfähigkeit (§ 16 BVG) oder beruflicher Rehabilitation (§ 26a BVG) auch in entsprechender Anwendung der Vorschrift des § 16f Abs. 3 Nrn. 2 und 3 BVG nicht in Betracht; denn die Übergangsgebührnisse nach § 11 SVG sind weder Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen im Sinne des § 16f Abs. 1 und 2 BVG noch Geldleistungen oder Rente im Sinne des § 16f Abs. 3 BVG.

– MBl. NW. 1976 S. 630.

II.**Innenminister****Öffentliche Sammlungen**

Bek. d. Innenministers v. 26. 3. 1976 –
I C 1/24-12.14

Der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Geschäftsstelle Rheinland, Hansaring 151, 5000 Köln 1, habe ich die Erlaubnis erteilt, in der Zeit vom 1. Juni bis 31. Dezember 1976 im Lande Nordrhein-Westfalen öffentliche Haussammlungen durchzuführen. In jedem Ort darf nach Abstimmung mit der örtlichen Ordnungsbehörde nur 14 Tage lang gesammelt werden.

Ausnahmsweise dürfen Jugendliche bei den Haussammlungen bis zum Eintritt der Dunkelheit eingesetzt werden.

– MBl. NW. 1976 S. 630.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Liste der nach § 13 Abs. 1
der Unfallverhütungsvorschrift „Lärm“ (BVG 121)
ermächtigten Ärzte**

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 25. 3. 1976 – III A 3 – 8254.6 – (III Nr. 8/76)

Gemäß § 13 Abs. 1 der Unfallverhütungsvorschrift „Lärm“ wurden durch den Landesverband Rheinland-Westfalen der gewerblichen Berufsgenossenschaften im Einvernehmen mit den Staatlichen Gewerbeärzten folgende Ärzte zur Durchführung der Untersuchungen nach den §§ 9 und 10 der Unfallverhütungsvorschrift „Lärm“ ermächtigt (in alphabetischer Reihenfolge der Orte):

Stand: 1. 3. 1976

Dr. med. Gerhards
Werksarzt d. Deutschen Philips GmbH

5100 Aachen

Dr. med. Greven
Medizinaldirektor
Facharzt f. Chirurgie
Von-Pastor-Str. 29
5100 Aachen

Dr. med. Nysten
HNO-Facharzt
Peterstr. 73/75
5100 Aachen

Dr. med. Saleh
Betriebsärztin d. Philips-Betriebe
Philipstr.
5100 Aachen

Prof. Dr. med. Schlöndorff
Abt. f. HNO-Krankheiten
d. Med. Fakultät a. d. Rhein.-Westf.
Technischen Hochschule Aachen
Goethestr. 27-29
5100 Aachen

Dr. med. Weitz
Facharzt f. inn. Medizin
Zollernstr. 16
5100 Aachen

Dr. med. Kramer
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Breite Str. 63
5470 Andernach

Dr. med. Lammert
Am Strötchen 17
5770 Arnsberg

Dr. med. Schmitz
Facharzt f. inn. Krankheiten
Kurfürstenstr. 3
5770 Arnsberg

Dr. med. Huhn
Facharzt f. HNO-Heilkunde
Bahnhofstr. 4
5952 Attendorn

Dr. med. Cremer
Kr.-Obermedizinalrat
Herzogenrather Weg 5
5112 Baesweiler

Dr. med. Pavlovic
Facharzt f. HNO-Heilkunde
Graf-Salm-Str. 38
5152 Bedburg

Dr. med. Spieker
Facharzt f. Chirurgie
Werksarzt d. Zanders Feinpapiere GmbH
5070 Bergisch Gladbach

Dr. med. Wieland Facharzt f. HNO-Krankheiten Bahnhofstr. 30 4800 Bielefeld	Dr. med. Segschneider Facharzt f. HNO-Krankheiten Michel-Reineke-Str. 12 5568 Daun
Dr. med. Winkler Facharzt f. HNO-Heilkunde Potsdamer Str. 9 4800 Bielefeld 17	Dr. med. Rothenbächer Facharzt f. HNO-Krankheiten Rosenstr. 7 6252 Diez
Dr. med. Bengtsson Facharzt f. inn. Medizin Arbeitsmedizinisch-sicherheitstechnisches Zentrum Münsterstr. 11 4290 Bocholt	Dr. med. von Kaler Facharzt f. HNO-Leiden Am Neutor 26 4220 Dinslaken
Dr. med. Apotecher Werksarzt der Adam-Opel AG 4630 Bochum	Dr. med. Schack Facharzt f. inn. Medizin Werksarzt der Bayer AG Ärztl. Abteilung 4047 Dormagen
Dr. med. Baake Facharzt f. HNO-Heilkunde Kortumstr. 148a 4630 Bochum	Dr. med. Blechschmidt Werksarzt d. Hoesch Hüttenwerke AG Kirchderner Str. 47-49 4600 Dortmund
Dr. med. Breger Facharzt f. Hautkrankheiten Werksarzt der Adam-Opel AG 4630 Bochum	Dr. med. Finis Facharzt f. HNO-Krankheiten Hermannstr. 52 4600 Dortmund-Hörde
Dr. med. Krieb Facharzt für Chirurgie Castropoer Str. 228 4630 Bochum	Dr. med. Schäfer Facharzt f. HNO-Krankheiten Köln-Berliner Str. 21 4600 Dortmund-Aplerbeck
Dr. med. Lucanus Facharzt f. Lungenerkrankheiten Ltd. Werksarzt der Fried.Krupp Hüttenwerke AG Bessemerstr. 30 4630 Bochum	Dr. med. Ilse Sprenger Fachärztin f. HNO-Heilkunde Mallinckrodtstr. 221 4600 Dortmund
Prof. Dr. med. Reichel Arbeitsmedizin Klinik d. Med. Abtlg. d. Silikose- forschungsinstitutes „Bergmannsheil“ Hunscheidtstr. 1 4630 Bochum	Dr. med. Heinz Sprenger Facharzt f. HNO-Heilkunde Mallinckrodtstr. 221 4600 Dortmund
Dr. med. Rosenberg Fachärztin f. Kinderheilkunde Werksärztin der Adam-Opel AG 4630 Bochum	Dr. med. Kaufmann Facharzt f. HNO-Krankheiten Rathausstr. 8 3490 Bad Driburg
Dr. med. von der Weiden Ltd. Werksärztin der Adam-Opel AG 4630 Bochum	Dr. med. Biel Werksarzt d. Gerresheimer Glashüttenwerke Heyestraße 99 4000 Düsseldorf-Gerresheim
Dr. med. Basten Facharzt f. HNO-Krankheiten Simmerner Str. 5407 Boppard	Dr. med. Dietrich Facharzt f. inn. Medizin Henkel & Cie GmbH 4000 Düsseldorf
Dr. med. Frenzel Ltd. Werksärztin des Werksarztzentrums Borghorst-Burgsteinfurt Münsterstr. 53 4433 Borghorst	Dr. med. Hubbes Facharzt für Chirurgie Kyffhäuserstr. 27 4000 Düsseldorf
Dr. med. Grüne Facharzt f. HNO-Krankheiten Krankenhaus Maria Hilf 5790 Brilon	Dr. med. Mann Facharzt f. HNO-Krankheiten u. kosmetische Chirurgie Benrodesstr. 9 4000 Düsseldorf
Dr. med. Wardemann Werksarzt der Deutschen BP-AG Ruhr-Raffinerie 4222 Bucholtwemmen	Dr. med. Mathies Ltd. Werksarzt d. Henkel & Cie GmbH 4000 Düsseldorf
Dr. med. Roos Medizinaldirektor Gesundheitsamt 5568 Daun	Dr. med. Mehring Facharzt f. HNO-Krankheiten Jacobistr. 20 4000 Düsseldorf

Dr. med. Neef Facharzt f. inn. Krankheiten Werksarzt d. Mannesmannröhren-Werke AG Ronsdorfer Str. 130–180 4000 Düsseldorf	Dr. med. Beyer Facharzt für inn. Krankheiten Joh.-Neumann-Str. 20 5180 Eschweiler
Dr. med. Petersen Facharzt f. inn. Krankheiten Ltd. Werksarzt d. Mannesmannröhren-Werke AG 4000 Düsseldorf-Rath	Dr. med. Bünte Helenenstr. 73–77 4300 Essen
Dr. med. Wolfgang Richter Facharzt f. inn. Krankheiten Henkel & Cie GmbH 4000 Düsseldorf	Dr. med. Jötten Facharzt f. HNO-Krankheiten Hufelandstr. 68 4300 Essen
Dr. med. Rosenberger Werksarzt d. Stahl- u. Röhrenwerke Reisholz GmbH Henkelstr. 209 4000 Düsseldorf	Dr. med. Kellner Facharzt f. inn. Medizin Ltd. Werksarzt d. Fried. Krupp GmbH Helenenstr. 73–77 4300 Essen
Dr. med. Thielmann Facharzt f. HNO-Krankheiten Händelstr. 39 4000 Düsseldorf	Dr. med. Marsch Facharzt f. HNO-Krankheiten Borbecker Str. 133 4300 Essen-Borbeck
Dr. med. Breuer Facharzt f. HNO-Krankheiten Hans-Bückler-Str. 21 4100 Duisburg 14 (Rheinhausen)	Dr. med. D. Peche Ltd. Werksarzt d. RWE Dreilindenstr. 69 4300 Essen
Dr. med. Corsten Ltd. Werksarzt der DEMAG AG Werksärztlicher Dienst Wolfgang-Reuter-Platz 4100 Duisburg	Dr. med. Sticherling Facharzt f. HNO-Krankheiten Kurfürstenstr. 12 4300 Essen
Dr. med. Franke Facharzt f. Chirurgie Werksarzt d. Mannesmann AG Hüttenwerke 4100 Duisburg	Dr. med. Til Helenenstr. 73–77 4300 Essen
Dr. med. Jungsbluth Facharzt f. Chirurgie Werksarzt d. Thyssen Niederrhein AG Hütten- u. Walzwerke Wörthstr. 110 4100 Duisburg	Dr. med. Wilp Facharzt f. HNO-Krankheiten Borbecker Str. 133 4300 Essen-Borbeck
Dr. med. Mihatsch prakt. Arzt Essenberger Str. 212 4100 Duisburg	Dr. med. Klüsener Facharzt f. HNO-Krankheiten Ursulinenstr. 17 5350 Euskirchen
Dr. med. Münnich Arzt f. Allgemein- und Arbeitsmedizin Wanheimer Str. 578 4100 Duisburg-Wanheim	Dr. med. Bröschen Werksarzt d. Walzwerk „Grillo-Funke“ GmbH Postfach 2329 4650 Gelsenkirchen
Dr. med. Raab König-Friedrich-Wilhelm-Str. 4 4100 Duisburg-Ruhrort	Prof. Dr. med. Hettlinger Betriebsarzt d. Rheinstahl AG. Wanner Str. 120 4650 Gelsenkirchen
Dr. med. Rainer Facharzt f. inn. Krankheiten Werksarzt der Mannesmann AG Hüttenwerke – Gesundheitswesen – 4100 Duisburg	Dr. med. Schmidt Ltd. Werksarzt d. Veba-Chemie AG Pawiker Str. 30 4650 Gelsenkirchen-Buer
Dr. med. Ruks Fachärztin f. inn. Krankheiten Werksärztin der Mannesmann AG Hüttenwerke – Gesundheitswesen – 4100 Duisburg	Dr. med. Schumacher Facharzt f. HNO-Krankheiten Bahnhofstr. 75 4650 Gelsenkirchen
Dr. med. Hütten HNO-Facharzt Geistmarkt-Kurze-Str. 4 4240 Emmerich	Dr. med. Espey Facharzt f. HNO-Heilkunde Friedrich-Ebert-Str. 25 4390 Gladbeck
	Dr. med. Keimer Facharzt f. HNO-Heilkunde Friedrich-Ebert-Str. 25 4390 Gladbeck
	Dr. med. Kietzmann Facharzt f. HNO-Krankheiten Heerstr. 17 5407 St. Goar

- Dr. med. Goy
Facharzt f. inn. Krankheiten
RWE Betriebsverwaltung Frimmersdorf
Postfach 149
4048 Grevenbroich
- Dr. med. Prinz
Kr. Ob. Med. Dir. a. D.
Zeisigweg 5
4048 Grevenbroich
- Dr. med. Gloede
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Marienfelder Str. 2
4830 Gütersloh
- Dr. med. Klingbeil
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Moltkestr. 19
4830 Gütersloh
- Dr. med. Drees
Facharzt f. HNO-Heilkunde
Bergstr. 4
4802 Halle
- Dr. med. Plage
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Theodor-Heuss-Platz 13
4700 Hamm
- Dr. med. Gronemann
Facharzt f. inn. Krankheiten
Bismarckstr. 23
4320 Hattingen
- Dr. med. Becker
Werksarzt d. Enka Glanzstoff AG
5138 Heinsberg 2
- Dr. med. Maatz
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Kurfürstenstr. 9a
4900 Herford/Westf.
- Dr. med. Schur
Facharzt f. inn. Krankheiten
Ltd. Werksarzt
d. Stahlwerke Südwestfalen AG
Schöntalstr. 4
5930 Hüttental-Geisweid
- Dr. med. Reinicke
Werksarzt d. DEMAG Kunststofftechnik
5532 Jünkerath
- Dr. med. Hüttten
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Große Str. 33
4190 Kleve
- Dr. med. Cronemeyer, Facharzt f. inn. Medizin
Werksarzt d. Hoechst AG
5033 Knapsack
- Dr. med. Dolfen
Werksarzt d. Hoechst AG
5033 Knapsack
- Dr. med. Frentzen
Medizinaldirektor
Gesundheitsamt
5400 Koblenz
- Dr. med. Gerhards
Fachärztin f. HNO-Krankheiten
Löhrstr. 139
5400 Koblenz
- Prof. Dr. med. Hahlbrock
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Kurfürstenstr. 97
5400 Koblenz
- Dr. med. R. Kost
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Am Plan 12
5400 Koblenz
- Dr. med. Merbeck
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Rizzastr. 28
5400 Koblenz
- Dr. Dr. Althaus
Facharzt f. HNO-Heilkunde
Goltsteinstr. 140
5000 Köln 51
- Dr. med. Hipp
Ford-Werke AG
Henry-Ford-Str.
5000 Köln 60
- Dr. med. Huckemann
Werksarzt der Chemische Fabrik Kalk GmbH
5000 Köln
- Dr. med. Jacobs
Facharzt f. inn. Krankheiten
Frankfurter Str. 200
Überbetriebliches arbeitsmedizinisches Zentrum
5000 Köln 80
- Dr. med. Keutner
Theresienstr. 79
5000 Köln 41
- Dr. med. Lucas
Werksarzt
Schmittmannstr. 20
5000 Köln
- Dr. med. P. H. Overzier
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Luxemburger Str. 242
5000 Köln
- Dr. med. Parent
Werksarzt d. Klöckner-Humboldt Deutz AG
5000 Köln-Deutz
- Dr. med. Peters II
Ltd. Arzt der HNO-Abteilung
des Marien-Hospitals
Kunibertuskloster 11
Hohenstaufenring 14
5000 Köln
- Dr. med. Schmücker
Werksärztin d.
A. Nattermann & Cie GmbH
5000 Köln
- Dr. med. Spelbrink
Facharzt f. Chirurgie
Werksarzt der Klöckner-Humboldt Deutz AG
5000 Köln-Deutz
- Dr. med. Esser
Betriebsarzt
Duisburger Str. 145
4150 Krefeld-Uerdingen
- Dr. med. Gißke
Werksarzt der Thyssen Edelstahlwerke AG
Werksgesundheitsdienst
Oberschlesienstr. 16
4150 Krefeld
- Dr. med. Siemens
Thyssen Edelstahlwerke GmbH
Oberschlesienstr. 16
4150 Krefeld
- Dr. med. Urban
Werksarzt d. Bayer AG
Jentgesallee 1
4150 Krefeld-Uerdingen

Dr. med. Wüstefeld Facharzt f. inn. Krankheiten Bayer AG 4150 Krefeld-Uerdingen	Dr. med. Berneburg Ltd. Betriebsarzt der Firma International Harvester Company Industriestr. 49 4040 Neuss
Dr. med. Behringer Fachärztin f. HNO-Krankheiten Salinenstr. 19/23 6550 Bad Kreuznach 1	Dr. med. Reipen Facharzt f. HNO-Krankheiten Sebastianusstr. 12 4040 Neuss/Rhein
Dr. med. Kullig Ltd. Werksarzt d. Michelin Reifenwerke AG 6550 Bad Kreuznach	Dr. med. Kahle Facharzt f. HNO-Krankheiten Bahnhofstr. 8 5450 Neuwied
Dr. med. Diller Facharzt f. Röntgenologie Werksarzt Ärztliche Abteilung Bayerwerk 5090 Leverkusen	Dr. med. Schmiedt Facharzt f. HNO-Heilkunde Bahnhofstr. 30 5450 Neuwied
Dr. med. Otto Kost Facharzt f. HNO-Krankheiten Mittellöh 3 5460 Linz	Dr. med. Barge Facharzt f. Chirurgie Gutehoffnungshütte Sterkrade AG 4200 Oberhausen
Prof. Dr. med. Drabe Chefarzt d. HNO-Abteilung Kreiskrankenhaus Philippstr. 12 5880 Lüdenscheid	Dr. med. Stelzen Thyssen-Niederrhein AG Essener Str. 66 4200 Oberhausen
Dr. med. Herweg Werksarzt d. Chem. Werke Hüls AG 4370 Marl	Dr. med. Püttmann Facharzt f. HNO-Krankheiten Klosterstr. 25 4970 Bad Oeynhausen
Dr. med. Samson Facharzt f. HNO-Krankheiten Marktstr. 1 5440 Mayen	Dr. med. Altenburger Facharzt f. HNO-Krankheiten Am Lohtor 12 4350 Recklinghausen
Dr. med. Flacke Facharzt f. HNO-Krankheiten Kaiserstr. 33 5750 Menden	Dr. med. Schröer Facharzt f. HNO-Leiden Berliner Str. 28/30 4540 Rheda-Wiedenbrück
Dr. med. Everke Facharzt f. HNO-Krankheiten Hünenburgstr. 3a 5778 Meschede	Dr. med. Hilsenberg Facharzt für HNO-Krankheiten Römerstr. 12 4134 Rheinberg
Dr. med. Ladewig Facharzt f. HNO-Krankheiten Manteuffelstr. 1 4950 Minden (Westf.)	Dr. med. Rabe Deutsche Solvay-Werke GmbH Xantener Str. 4134 Rheinberg
Dr. med. Henke Facharzt f. inn. Krankheiten Med. Dir. Hamerhütte 21 4050 Mönchengladbach	Dr. med. Alber Facharzt für HNO-Heilkunde Kreuzstr. 20 4440 Rheine
Dr. med. Lackner Facharzt f. HNO-Krankheiten Schillerstr. 55 4050 Mönchengladbach	Dr. med. von Hartz Werksärztin der Schorch GmbH Breite Str. 131 4070 Rheindorf
Dr. med. Koch Ltd. Werksarzt d. Mannesmannröhren-Werke AG Wiesenstr. 36 4330 Mülheim	Dr. med. Eckel Facharzt f. HNO-Krankheiten Ltd. Arzt d. HNO-Abteilung des Kreiskrankenhauses 5510 Saarburg
Dr. med. Bredow Facharzt f. HNO-Krankheiten Oberregierungsmedizinaldirektor Nordstr. 18 4400 Münster	Dr. med. Fend Facharzt f. HNO-Krankheiten Siegstr. 51 5900 Siegen
Dr. med. Kesseler Facharzt f. HNO-Krankheiten Kolpingstr. 10 5760 Neheim-Hüsten	Dr. med. Schulze-Bahr Facharzt f. HNO-Krankheiten Gartenstr. 26 6540 Simmern
	Dr. med. Sonnenberg Facharzt f. HNO-Krankheiten Koblenzer Str. 1 5485 Sinzig

Dr. med. Ense
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Marktstr. 4
4770 Soest

Dr. med. Mees
Werksarztzentrum Steinhagen e. V.
Bahnhofstr. 638
4803 Steinhagen/Westf.

Dr. med. Hoffmann
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Porta-Nigra-Platz 2
5500 Trier

Dr. med. Lieschke
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Christophstr. 8
5500 Trier

Dr. med. Wank
Werksarzt d. Klöckner-Werke AG
Mannstaedt-Werke
5210 Troisdorf

Dr. med. Beginen
Facharzt für HNO-Krankheiten
Hochstr. 3
4060 Viersen 12

Dr. med. Nolte
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Mittelstr. 11
3530 Warburg

Dr. med. Babeck
Facharzt f. HNO-Krankheiten
Hauptstr. 8
4788 Warstein

Dr. med. Ross
Facharzt für HNO-Heilkunde
Lennestr. 1
5980 Werdohl

Dr. med. Fiebach
Facharzt für HNO-Krankheiten
Paul Gerhardt-Str. 19
4760 Werl/Westf.

Dr. med. Stosberg
Werksarzt der Olefinwerke GmbH
Postfach 31
5047 Wesseling

Dr. med. Wieland
Werksarzt und Vertrauensarzt
Auf dem Radacker
5047 Wesseling

Dr. med. Kraemer
DEMAG Fördertechnik
Postfach 67/87
5802 Wetter (Ruhr)

Dr. med. Speitel
Facharzt für HNO-Heilkunde
Märkische Str. 29
5802 Wetter (Ruhr)

Dr. med. Voltz
Facharzt für inn. Krankheiten
Edelstahlwerk Witten AG
5810 Witten

Dr. med. Ackermann
Gruitenstr. 220
5600 Wuppertal

Dr. med. Kollert
Werksarzt d. Bayer AG
Friedrich-Ebert-Str. 332
5600 Wuppertal-Elberfeld

Dr. med. Lembcke
Facharzt für HNO-Krankheiten
Untergrünewalder Str. 30
5600 Wuppertal-Elberfeld

Dr. med. Weinberg
Facharzt für HNO-Krankheiten
Schuchardstr. 18
5600 Wuppertal-Barmen

Dr. med. Mirsberger
Facharzt f. HNO-Krankheiten
5538 Zell

Hinweis:

Nach Abschluß weiterer Ermächtigungsverfahren werden auch diese Ärzte in die vorstehende Liste aufgenommen.

– MBl. NW. 1976 S. 630.

Justizminister

Ungültigkeitserklärung eines Dienststempels des Oberlandesgerichts Hamm

Bek. d. Justizministers v. 19. 3. 1976 –
5413 E – I B. 123

Bei dem Oberlandesgericht Hamm ist der nachstehend näher bezeichnete Dienststempel mit dem Landeswappen von Nordrhein-Westfalen in Verlust geraden.

Der Stempel wird hiermit für ungültig erklärt.

Hinweise, die zur Auffindung des Stempels führen können, sowie Anhaltspunkte für eine unbefugte Benutzung, bitte ich unmittelbar dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Hamm mitzuteilen.

Beschreibung des Dienststempels

Gummistempel
Durchmesser: 34 mm
Umschrift: Oberlandesgericht Hamm
Kenn-Nr.: 45

– MBl. NW. 1976 S. 635.

Personalveränderungen

Ministerpräsident

Es ist ernannt worden:

Oberamtsrat D. Hochhausen zum Regierungsrat

Es ist versetzt worden:

Ministerialrat Dr. L. Thilo zum Regierungspräsident Köln

– MBl. NW. 1976 S. 635.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ministerium

Es sind ernannt worden:

Die Regierungsdirektoren
Dipl.-Ing. Dr. Ing. S. Wiesner
Dipl.-Ing. E. Kunstein
W. Wenning

zu Ministerialräten

Oberregierungsrat H. Siebel zum Regierungsdirektor

Regierungsrat J. Fadler zum Oberregierungsrat

Regierungsrat z. A. Diplom-Physiker Dr. rer. nat. E. Kugler unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum Regierungsrat

Es sind in den Ruhestand getreten:

Ministerialdirigent Dr. L. Landsberg

Ministerialrat H. Christian

Nachgeordnete Dienststellen**Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit****Es sind ernannt worden:**

Richter am Sozialgericht F.-J. Hoffmann, Sozialgericht Köln, zum Richter am Sozialgericht als ständiger Vertreter des Präsidenten beim Sozialgericht Düsseldorf

Richter am Arbeitsgericht J. Baingo, Arbeitsgericht Solingen, zum Richter am Arbeitsgericht als aufsichtsführender Richter beim Arbeitsgericht Wuppertal

Richter W. Kinold zum Richter am Arbeitsgericht beim Arbeitsgericht Essen

Richter K.-W. Schröder zum Richter am Arbeitsgericht beim Arbeitsgericht Herne

Richter E.-W. Rietschel zum Richter am Arbeitsgericht beim Arbeitsgericht Duisburg

Richter D. Besgen zum Richter am Arbeitsgericht beim Arbeitsgericht Bonn

Richter K. Pape zum Richter am Sozialgericht beim Sozialgericht Düsseldorf

Richterin U. Frey zur Richterin am Sozialgericht beim Sozialgericht Dortmund

Richter A. Benszuweit zum Richter am Sozialgericht beim Sozialgericht Dortmund

Richter am Sozialgericht B. Achenbach, Sozialgericht Duisburg, zum Richter am Landessozialgericht bei dem Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Richter am Sozialgericht G. Gadek, Sozialgericht Düsseldorf, zum Richter am Landessozialgericht bei dem Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Richterin am Sozialgericht I. Jacobi, Sozialgericht Duisburg, zur Richterin am Landessozialgericht bei dem Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Richterin am Sozialgericht R. Jaeger, Sozialgericht Düsseldorf, zur Richterin am Landessozialgericht bei dem Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Richter am Sozialgericht U. Meierkamp, Sozialgericht Dortmund, zum Richter am Landessozialgericht bei dem Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

Richter kraft Auftrags – Oberregierungsrat – H. Wegener zum Richter am Sozialgericht beim Sozialgericht Duisburg

Richter am Arbeitsgericht H. Wasserfuhr, Arbeitsgericht Münster, zum Vorsitzenden Richter am Landesarbeitsgericht bei dem Landesarbeitsgericht Hamm

Richter am Arbeitsgericht Th. Dierdorf, Arbeitsgericht Krefeld, zum Richter am Arbeitsgericht als aufsichtsführender Richter bei dem Arbeitsgericht Solingen

Richter G. Heienbrock zum Richter am Arbeitsgericht bei dem Arbeitsgericht Gelsenkirchen

Es sind versetzt worden:

Richter am Sozialgericht R. vom Felde vom Sozialgericht Düsseldorf an das Sozialgericht Köln

Richter am Sozialgericht K. Greven vom Sozialgericht Duisburg an das Sozialgericht Köln

Richterin am Landessozialgericht Dr. A. Schafft-Stegemann vom Landessozialgericht für das Land Nordrhein-Westfalen an das Schleswig-Holsteinische Landessozialgericht in Schleswig

Richter am Arbeitsgericht A. Funke vom Arbeitsgericht Essen an das Arbeitsgericht Krefeld

Es sind in den Ruhestand getreten:

Richter am Sozialgericht E. Hohmann, Sozialgericht Dortmund

Richter am Arbeitsgericht Dr. E. Zielke, Sozialgericht Köln

Richter am Arbeitsgericht Dr. K. Gerstenberg, Arbeitsgericht Düsseldorf

Es ist verstorben:

Richter am Sozialgericht M. Peter, Sozialgericht Köln

Es ist ausgeschieden:

Richter am Arbeitsgericht Dr. F. Jobs, Arbeitsgericht Hamm, infolge Übertritt in den Bundesdienst

Gewerbeaufsichtsverwaltung**Es sind ernannt worden:**

Regierungsgewerberat Dipl.-Ing. E. Kottmann – StGAA Dortmund – zum Oberregierungsgewerberat

Oberregierungsgewerberat Dipl.-Ing. D. Krüner, Regierungspräsident Münster, zum Regierungsgewerbedirektor

Oberregierungsgewerberat Dipl.-Ing. W. Parzenty – StGAA Minden – zum Regierungsgewerbedirektor

Oberregierungsgewerberat Dipl.-Ing. H. Mattenkloft – StGAA Soest – zum Regierungsgewerbedirektor

Regierungsgewerbedirektor F. Weßling, Regierungspräsident Münster, zum Ltd. Regierungsgewerbedirektor beim StGAA Recklinghausen

Regierungsgewerberat H.-J. Helmstedt – StGAA Solingen – zum Oberregierungsgewerberat

Regierungsgewerberat H.-H. Siepmann – StGAA Minden – zum Oberregierungsgewerberat

Regierungsgewerberat H. Schlichting – StGAA Minden – zum Oberregierungsgewerberat

Regierungsgewerberat H. J. Stöcker – StGAA Krefeld – zum Oberregierungsgewerberat

Regierungsgewerberat M. Finken – StGAA Recklinghausen – zum Oberregierungsgewerberat

Oberregierungsgewerberat Dipl.-Ing. H. Fröhlich – StGAA Hagen – zum Regierungsgewerbedirektor

Oberregierungsgewerberat Dipl.-Ing. P. Leding – StGAA Essen – zum Regierungsgewerbedirektor

Oberregierungsgewerberat Dipl.-Ing. M. Giese – StGAA Mönchengladbach – zum Regierungsgewerbedirektor

Regierungsgewerberat Dipl.-Ing. R. Krause – StGAA Recklinghausen – zum Oberregierungsgewerberat

Regierungsgewerberat Dipl.-Ing. W. Schmitz – StGAA Coesfeld – zum Oberregierungsgewerberat

Regierungsgewerberat z. A. Dipl.-Ing. B. Rüther – StGAA Dortmund – zum Regierungsgewerberat

Gewerbereferendar Dipl.-Ing. R. Linnenkamp – StGAA Aachen – zum Regierungsgewerberat z. A.

Gewerbereferendar Dipl.-Ing. U. Becker – StGAA Düsseldorf – zum Regierungsgewerberat z. A.

Gewerbereferendar Dipl.-Ing. U. Steffen – StGAA Bielefeld – zum Regierungsgewerberat z. A.

Gewerbereferendarin G. Fodor – StGAA Düsseldorf – zur Regierungsgewerberätin z. A.

Regierungsgewerberat Dipl.-Ing. B. Kayser – Regierungspräsident Arnsberg – zum Oberregierungsgewerberat

Oberregierungsgewerberat Dipl.-Ing. K. Stute – StGAA Solingen – zum Regierungsgewerbedirektor

Es sind versetzt worden:

Oberregierungsgewerberat Dipl.-Ing. D. Krüner vom StGAA Hagen zum Regierungspräsidenten Münster

Oberregierungsgewerberat Dipl.-Ing. W. Parzenty vom Regierungspräsidenten Detmold an das StGAA Minden

Regierungsgewerberat B. Deuster vom StGAA Köln zum Regierungspräsidenten Köln

Regierungsgewerberat E. Pretzell vom StGAA Mönchengladbach zur Zentralstelle für Sicherheitstechnik, Strahlenschutz und Kerntechnik der Gewerbeaufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen

Oberregierungsgewerberat R. Tyll vom StGAA Dortmund an das StGAA Krefeld

Regierungsgewerberat Dipl.-Phys. H. Wollny vom StGAA Dortmund an die Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Oberregierungsgewerberat Dipl.-Ing. A. Herzogenrath vom Regierungspräsidenten Köln an die Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Es sind verstorben:

Gewerbemedizinaldirektorin Dr. M. Soffke – Staatlicher Geberarzt Düsseldorf –

Regierungsgewerbedirektor Dr. W. Swegat – StGAA Essen –
Oberregierungsgewerberat Dipl.-Chem. K. Richter – StGAA Köln –

Versorgungsverwaltung

Es sind ernannt worden:

Regierungsmedizinaldirektor Dr. Dr. Süßbier, Versorgungsamt Düsseldorf, zum Leitenden Regierungsmedizinaldirektor
Regierungsdirektor G. Herrmann, Versorgungsamt Bielefeld, zum Leitenden Regierungsdirektor

Oberregierungsmedizinalrat Dr. H. Paus, Versorgungsamt Münster, zum Regierungsmedizinaldirektor

Oberregierungsmedizinalrat Dr. H. Wette, Versorgungsamt Bielefeld, zum Regierungsmedizinaldirektor

Oberregierungsmedizinalrat Dr. A. O. Bredow, Versorgungsärztliche Untersuchungsstelle Münster, zum Regierungsmedizinaldirektor

Oberregierungsmedizinalrat Dr. J. Boguth, Versorgungsamt Gelsenkirchen, zum Regierungsmedizinaldirektor

Oberregierungsmedizinalrat Dr. P. P. von Wnuck-Lipinski, Orthopädische Versorgungsstelle Köln, zum Regierungsmedizinaldirektor

Regierungsmedizinalrätin Dr. E. Chr. Maschinsky, Versorgungsamt Wuppertal, zur Oberregierungsmedizinalrätin

Oberregierungsrat A. Schulte, Versorgungsamt Bielefeld, zum Regierungsdirektor

Oberregierungsrat Dr. K. Keßel, Versorgungsamt Duisburg, zum Regierungsdirektor

Oberregierungsrat Dr. W. Winter, Landesversorgungsamt Nordrhein-Westfalen, zum Regierungsdirektor

Regierungsrat A. Weber, Versorgungsamt Köln, zum Oberregierungsrat

Regierungsoberamtsrat J. Wolff, Rechnungsamt des Landesversorgungsamtes Nordrhein-Westfalen, zum Regierungsrat

Es sind in den Ruhestand getreten:

Ltd. Regierungsdirektor J. Heilmann, Leiter des Versorgungsamtes Bielefeld

Ltd. Regierungsmedizinaldirektor Dr. H. Ehrlich, Leiter der Orthopädischen Versorgungsstelle Bielefeld

Regierungsmedizinaldirektor Dr. S. Senger, Orthopädische Versorgungsstelle Dortmund

Regierungsmedizinaldirektor Dr. E. Schwarz, Landesversorgungsamt Nordrhein-Westfalen

Gesundheitsverwaltung

Regierungsmedizinaldirektor Prof. Dr. O. Nacke, Institut für Dokumentation des öffentlichen Gesundheitswesens Nordrhein-Westfalen, Bielefeld, zum Ltd. Regierungsmedizinaldirektor

Regierungsmedizinaldirektor Dr. G. Koblenz, Regierungspräsident Detmold, zum Ltd. Regierungsmedizinaldirektor

Regierungsmedizinaldirektor z. A. Dr. H. M. Mertens, Staatsbad Oeynhausen, Collwitzer-Meier-Institut, zum Regierungsmedizinaldirektor

Oberregierungsmedizinalrat z. A. Dr. I. Just, Landesimpfanstalt Düsseldorf, zum Oberregierungsmedizinalrat

Oberregierungschemierätin Dr. M. Meyer, Chemisches Landesuntersuchungsamt Nordrhein-Westfalen, Münster, zur Regierungspharmaziedirektorin

Regierungschemierat Dr. H.-A. Meemken, Chemisches Landesuntersuchungsamt Nordrhein-Westfalen, Münster, zum Oberregierungschemierat

Regierungschemierat z. A. Dr. H. Büning-Pfaue, Chemisches Landesuntersuchungsamt Nordrhein-Westfalen, Münster, zum Regierungschemierat

Es ist in den Ruhestand getreten:

Ltd. Regierungsmedizinaldirektor Dr. A. Lange, Regierungspräsident Detmold

Es ist ausgeschieden:

Regierungsmedizinalrätin Dr. I. Koberg, Landesimpfanstalt Düsseldorf

Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Es sind ernannt worden:

Regierungsgewerbedirektor H.-O. Weber zum Leitenden Regierungsdirektor

Oberregierungsrat S. Külske zum Regierungsdirektor

Oberregierungsgewerberat Dipl.-Ing. A. Herzogenrath zum Regierungsgewerbedirektor

Regierungsgewerberat Dipl.-Phys. H. Wollny zum Oberregierungsgewerberat

Regierungsrat z. A. Dr. A. Junker zum Regierungsrat

Justizminister**Stellenausschreibung
für das Finanzgericht Düsseldorf**

- Es wird Bewerbungen entgegengesehen um
 2 Stellen eines Vorsitzenden Richters am Finanzgericht
 bei dem Finanzgericht Düsseldorf,
 6 Stellen eines Richters am Finanzgericht
 bei dem Finanzgericht Düsseldorf.

Bewerbungen sind innerhalb einer Frist von 2 Wochen auf
 dem Dienstwege einzureichen.

Bewerber um die Stelle eines Richters am Finanzgericht
 müssen die Befähigung zum Richteramt (§ 9 DRiG) besitzen.
 Sie sollen über möglichst mehrjährige Erfahrung in der Fi-
 nanzverwaltung verfügen. Bei Bewährung – zunächst im
 Richterverhältnis kraft Auftrags – kann in der Regel nach
 einem Jahr mit der Übernahme in das Richterverhältnis auf
 Lebenszeit gerechnet werden.

– MBl. NW. 1976 S. 638.

**Stellenausschreibung
für das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen**

- Es wird Bewerbungen entgegengesehen um
 1 Stelle eines Vorsitzenden Richters am Verwaltungsgericht
 bei dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen.

Bewerbungen sind innerhalb einer Frist von 2 Wochen auf
 dem Dienstwege einzureichen. Bewerber, die nicht bei den
 Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit des
 Landes beschäftigt sind, reichen das an den Justizminister des
 Landes Nordrhein-Westfalen zu richtende Gesuch bei dem
 Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts für das Land
 Nordrhein-Westfalen in Münster ein.

– MBl. NW. 1976 S. 638.

Einzelpreis dieser Nummer 2,80 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, Tel. 6888293/94, gegen
 Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der
 Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für
 das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem
 August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen.
 Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 25,80 DM, Ausgabe B 27,- DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.